

Öffentliche Gemeinderatssitzung	am 26.11.2019
Beratungsvorlage Aktenzeichen: 794.02	Beschlussvorlage-Nr. GR-2019-137
Beauftragung zur Errichtung und zum Betrieb einer Ladesäule für Elektromobilität vor dem Rathaus	Sachbearbeiter: Herr Schwarz

Beschlussvorschlag:

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG in Karlsruhe erhält den Auftrag zur Errichtung einer Ladestation „EnBW mobility+ Ladestation 4.0 smart“ gemäß Angebot vom 15.10.2019 zum Preis von brutto 14.982,10 EUR.

Der Gemeinderat stimmt den damit verbundenen, überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von rund 5.000 EUR zu.

Sachverhalt:

Die Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft Ettenheim hat zusammen mit der badenova AG & Co.KG in Freiburg ein Elektromobilitätskonzept erarbeitet.

Mit den darin aufgeführten Maßnahmen möchten die Kommunen die E-Mobilität vor Ort fördern.

Dem Gemeinderat wurde der Ergebnisbericht des interkommunalen Elektromobilitätskonzeptes am 22.01.2019 in öffentlicher Sitzung vorgestellt.

Als ersten Schritt zur Umsetzung dieses Konzeptes soll östlich vor dem Rathaus eine Ladesäule errichtet werden. Die netztechnische Anbindung wurde bereits bei der Neugestaltung der Rathausstraße und des Rathausplatzes vorbereitet, so dass die Anschlusskabel verlegt sind. Auch die Standortprüfung durch die Netze BW ist bereits erfolgt.

Die Verwaltung hat bei zwei Anbietern ein Angebot eingeholt.

Die Angebote sind der Beratungsvorlage als Anlage beigefügt.

Die Angebote beinhalten die Ladestation, Errichtung und Betrieb, Tiefbauarbeiten, Ladekarte, Strombelieferung, Parkplatzmarkierung, Beschilderung und Baustelleneinrichtung.

Die EnBW hat mit einem Angebotspreis von brutto 14.982,10 EUR das günstigste Angebot abgegeben.

Die Verwaltung schlägt vor, die EnBW gemäß Angebot vom 15. Oktober 2019 zu beauftragen.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushaltsplan sind Mittel in Höhe von 10.000 EUR bereitgestellt.
Gemäß Zuwendungsbescheid vom 21.11.2017 erhält die Gemeinde Ringsheim einen Zuschuss in Höhe von 5.642,00 EUR.
Der Bewilligungszeitraum endet am 27.12.2019.

Der Gemeinderat muss den überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von ca. 5.000 EUR zustimmen.

Beratungsergebnis:

<input type="checkbox"/> Einstimmig			
<input type="checkbox"/> Mehrheitlich	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen